

Hilferuf: »Wir können nicht mehr«

Krise | Preisexplosionen bringen Baugenossenschaft in die Bredouille / Treffen mit örtlichen Politikern

»Wir können nicht mehr. Wir brauchen die Hilfe der Politik«. Sebastian Merkle, Vorstandsvorsitzender der Baugenossenschaft Familienheim VS fand bei einem Treffen mit örtlichen Politikern deutliche Worte. Dringend benötigte Wohnungen können nicht gebaut werden.

■ Von Birgit Heinig

VS-Villingen. Bei dem in der Vöhrenbacher Straße entstehenden Wohnquartier mit 85 zum Teil öffentlich geförderten Mietwohnungen zu Mietpreisen von 6,70 bis elf Euro stehe man kurz vor dem Abschluss und durch die Preisexplosionen derzeit in fast jedem Gewerk in Kostennachverhandlungen.

Nächstes Projekt? Derzeit noch undenkbar

An ein nächstes Projekt sei unter diesen Umständen daher nicht zu denken, so Merkle.

Er und sein Vorstandskollege Martin Renner wandten sich im Beisein des Aufsichtsrates mit einem Hilferuf vorort an die Bundestagsabgeordnete Derya Türk-Nachbaur



Die Baugenossenschaft Familienheim, vertreten unter anderen durch Martin Renner, Sebastian Merkle, Matthias Mager und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Berthold Frisch sowie Oberbürgermeister Jürgen Roth (von links) machten Derya Türk-Nachbaur, Thorsten Frei und Martina Braun (von rechts) deutlich, was die Wohnungswirtschaft von der Politik erwartet. Fotos: Heinig

baur (SPD) und Thorsten Frei (CDU) sowie an die Landtagsabgeordnete Martina Braun (Grüne).

Trotz einer gewaltigen Lücke im Wohnungsbau – allein in Baden-Württemberg fehlen weit über 170 000 Wohnungen, Tendenz stetig steigend – »können wir in VS nicht mehr bauen«, bestätigte Martin Renner. Das Gesetz des freien Marktes – auf Verknappung folgt Preissteigerung – sei bei einem Grundbe-

dürfnis wie dem Wohnen aber »problematisch und politisch desaströs«, so Renner.

Fatalerweise werden die Förderprogramme von Bund und Land gerade auch noch drastisch gekürzt oder mit höheren Anforderungen versehen.

Bürokratische Hürden und viele Einschränkungen

Am Beispiel des Landeswohnraumförderprogrammes für den Neubau sozialer Mietwohnungen wie auch im Luisen-Quartier entstehen, zeigte Renner die Vielzahl der bürokratischen Hürden und Einschränkungen auf, die im freien Wohnungsbau nicht anfallen. Eine lange Liste, die sich Martina Braun geben ließ, um sie, wie sie zusicherte, im Amt für Landesentwicklung, Bauen und Wohnen in Stuttgart vorzulegen.

Derya Türk-Nachbaur (SPD) gab zu, dass sich das bei Amtsantritt der Koalition gegebene Versprechen,

400 000 neue Wohnungen zu bauen, wohl nicht einhalten lasse. Man habe aber ein Bündnis für sozialen Wohnungsbau gegründet und den Kommunen 486 Millionen für die Bestandsförderung in Form von Wohnungssanierungen überlassen. Thorsten Frei (CDU) betonte, dass die ökologische Bedeutung des Gebäudesektors noch vor dem Verkehr zu nennen sei und man daher auf hohe Anforderungen bei Neubauten nicht verzichten dürfe. Angesichts einer drohenden Gas- und Strommangel reiche Sparen nicht aus, mahnte er. Es gelte Alternativen zu finden, den Deckel für Biomasse abzuschaffen und Gas nicht weiter zu verstromen.

»Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mieter vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung« steht in ihrer Satzung. Dem nachzukommen stellt die Familienheim, die als eins von nur acht Unternehmen in Deutschland, unter anderem für günstige Mieten, Regio-

nalität und soziales Engagement mit dem MeinFairMieter-Gütesiegel ausgezeichnet wurde, vor immer gewaltigere Herausforderungen.

Das mit der Familienheim gemeinsam entwickelte Luisen-Quartier mit Sozialisierungsflächen und einem zukunftsfähigen Energiekonzept, umgesetzt von regionalen Firmen, habe einst »Lust darauf gemacht, noch mehr miteinander zu realisieren«, sagte Oberbürgermeister Jürgen Roth, doch das »Wünsch-Dir-was« sei von der aktuellen Preisentwicklung eingeholt worden.

Roth nannte die Wohnbauvorhaben Oberer Brühl und Sturmbühlstraße, die die Stadt aufgrund der Kostenentwicklung auf Eis legen musste. Er wolle »ganz normalen Mietern« ein bezahlbares Dach über dem Kopf bieten können, doch das sei momentan nicht möglich. Es brauche, so forderte Roth, von der Politik im Hinblick auf ökologisches Bauen ein »ganzheitliches Denken« und »klügere Förderprogramme«.



85 zum Teil öffentlich geförderte Mietwohnungen entstehen unter der Regie der Baugenossenschaft Familienheim gerade in der Vöhrenbacher Straße.